

Für eine erfolgreiche Energiewende

Politische Forderungen des EWE-Konzerns
zu umweltrelevanten Vorhaben

Dezember 2017



EWE bündelt mit Energie, Telekommunikation und IT die Schlüsselkompetenzen für die Energiewende in einer Hand und ist sich der wichtigen Rolle bei der Umsetzung der Energiewende bewusst. Wir investieren sowohl in intelligente Netze als auch in effiziente Ver- und Entsorgungstechnologien und treiben damit die Dekarbonisierung der Energieversorgung voran.

Die wachsende Zahl an alternativen Lösungen zeugt vom Fortschreiten der Energiewende. Emissionsärmer und nachhaltiger – aber mit (unterschiedlichen) Auswirkungen für die Umwelt.

Dies löst Zielkonflikte aus, die bereits jetzt die Planungs- und Investitionssicherheit von Energiewendeprojekten gefährden.

Wir fordern klare, vorhersehbare und verlässliche Rahmenbedingungen bei umweltrelevanten Vorhaben, um die Energiewende erfolgreich zu meistern.

Umweltrechtliche Anforderungen wurden in der jüngsten Vergangenheit stetig weiterentwickelt. Ein früher Austausch mit den Genehmigungsbehörden zur Berücksichtigung von Umwelt- und Naturschutzaspekten bei Projektplanung, -umsetzung und -betrieb ist für EWE selbstverständlich und für die Verfahren auch notwendig. Zudem beteiligen wir die Öffentlichkeit frühzeitig. Umfang und Komplexität der Genehmigungsverfahren müssen allerdings auf den Prüfstand gestellt werden, wenn die Energiewende ein Erfolg werden soll.

Folgende Weichenstellungen sind nötig:

Bei der **Weiterentwicklung des europäischen Umweltrechts** ist darauf zu achten, dass die Vorgaben nicht zu weiteren Investitionsunsicherheiten führen. Regeln sollten, wenn überhaupt, nur **mit Augenmaß** angepasst und die Möglichkeiten zur Erfüllung bedacht werden.

Zudem **sollten deutsches und europäisches Umweltrecht harmonisiert werden**. Dies gilt gleichermaßen für zusätzliche nationale Regelungen, die über europarechtliche Erfordernisse hinausgehen sowie für unpräzise gesetzliche Vorgaben und fehlende fachliche Standards. Diese erschweren die Planbarkeit und Rechtssicherheit von **Genehmigungsverfahren**. Hieraus entstehende Unklarheiten führen zu Unsicherheiten bei den Behörden und dadurch zu einer zunehmend restriktiven Auslegung der ohnehin strengen Vorschriften. Der Gesetzgeber muss seiner Verantwortung nachkommen und den Behörden wie Vorhabenträgern präzise, überprüfbare und angemessene Vorgaben zum Schutz der Umwelt machen sowie europäische Vorgaben zügiger in nationales Recht umsetzen.

Zudem **müssen die Ressourcen bei den Verwaltungsgerichten erheblich verstärkt werden**, um einen effizienten Rechtsschutz zu ermöglichen. Jahrelange Rechtsstreitigkeiten verhindern faktisch wertvolle Projekte für die Energiewende.

Verfahrensvorgaben zur Beteiligung externer Interessen sind deutlich erweitert worden. Beteiligungsmöglichkeiten begrüßen wir grundsätzlich. Unternehmen sollten jedoch **rechtssichere Verfahrensbescheide** erhalten, sofern sie die vorgegebenen Nachweise geführt haben.

Kontakt

Andrea Holte
EWE AG, Abteilung Markt & Politik

andrea.holte@ewe.de
0441-4805 1172

Tirpitzstraße 39
26122 Oldenburg